

GdP - Mittelhessen unterstützt Aufruf zum Warnstreik

Am 28.2.11, unterstützte eine Delegation mittelhessischer GdP Mitglieder den hessenweiten Aufruf von ver.di, IG-BAU und GEW zu einem ersten Warnstreik in der hessischen Landeshauptstadt.

Zunächst zog man vor die Staatskanzlei um lautstark zu beklagen, dass die Arbeitgeberseite bisher noch kein Angebot auf den Tisch gelegt haben. Waldarbeiter mit Motorsägen, Trillerpfeifen, Ratschen und Vuvuzelas entfachten einen ungeheuerlichen Lärm der die Verantwortlichen in der Staatskanzlei mit Sicherheit erreicht haben dürfte.

Danach schlängelte sich der Zug zum Dernschen Gelände vor das Rathaus. Hier traf noch ein weiterer Demonstrationszug des Deutschen Beamtenbundes dazu.

Die gemeinsame Kundgebung wurde von kämpferischen Reden der jeweiligen Vorsitzenden der Gewerkschaften begleitet. Für ver.di ging Jürgen Bothner in Bütt. Er ließ keinen Zweifel an der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften. Er forderte die Verhandlungsführer der Arbeitgeber mehrfach auf, endlich ein verhandelbares Angebot auf den Tisch zu legen, statt weiter auf Zeit zu spielen. Die vielen tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Staatsdienst von Hessen hätten es nicht verdient, dass die Regierung so mit ihnen umgeht. Bothner forderte Innenminister Boris Rhein und Ministerpräsident Volker Bouffier auf endlich ein Angebot auf den Tisch zu legen und nicht weiter auf Zeit zu spielen. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssten jeden Cent dreimal und jeden Euro viermal umdrehen bevor sie ihn ausgeben können. Sie haben es nicht verdient, dass man so mit ihnen umgeht, so der ver.di Vorsitzende weiter.

Gute Arbeit – Guter Lohn – dies müsse endlich auch bei den Arbeitnehmern der hessischen Landesverwaltung ankommen. Angesichts großer Personaleinsparungen verdichte sich Arbeit auf immer weniger Personal. Viele wären schon krank oder würden bereits am Limit arbeiten. Es ist höchste Zeit, dass auf das maßvolle Angebot der Gewerkschaften, von 50 Euro Sockelbetrag und einer linearen Lohnerhöhung von 3 % eine verhandelbar Antwort der Arbeitgeberseite folgt.

Außerdem gelte es dringend den Auszubildenden eine Übernahme nach der Ausbildungszeit zu garantieren. Auch hier müsse die Landesregierung eine Vorbildfunktion einnehmen und nicht die eigenen Forderungen an die Betriebe der freien Wirtschaft unterlaufen.

Sollte die Landesregierung weiter auf Zeit spielen und sich nicht bewegen, so sind weitere Warnstreiks aber auch unbefristete Streiks die Folge. Daran ließen die Redner keinen Zweifel und mahnten die Landesregierung dies nicht heraus zu fordern.

Andreas Grün